

Ja zu den Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich (Abgeltungssteuer)

Referat von Nationalrätin Maja Ingold (ZH) vor den Delegierten der EVP Schweiz

- Mit dieser Vorlage kommen wir in die DV, weil das Referendum gegen die Abgeltungssteuer und die drei Steuerabkommen der Schweiz ergriffen worden sind und die 50'000 Unterschriften dazu bis zum 27. 9. zusammenkommen werden.
- Diese Steuerabkommen hat der NR mit knappen Mehrheiten (z.B. mit Deutschland 96 : 86) am letzten Sessionstag am 14. Juni beschlossen. Ebenso das Gesetz über die internationale Quellenbesteuerung (so heisst das Bundesgesetz), das die Umsetzung und den Vollzug der Abkommen in der Schweiz regelt.
- Zustimmung müssen allerdings auch noch die Parlamente der betroffenen Staaten, und wie uns derzeit unmissverständlich erklärt wird von Deutschland, ist das mehr als unsicher. Aber davon später.
- Wie ist es überhaupt zu diesem Modell der Abgeltungssteuer gekommen, was war die Ursache dafür, dass der Bundesrat hier tätig wurde und das Parlament sich hitzige Debatten lieferte und einen Eclat, der das ganze Vorhaben fast zum Absturz gebracht hätte?
- Wir haben ein Problem, die Schweiz hat ein Reputationsproblem mit ihrem Banken- und Finanzplatz. Seit Langem wird das Bankgeheimnis – und auch verständlicherweise – attackiert vom Ausland.
- Man hat von der schwarzen Liste der Steueroasen gesprochen, auf die die Schweiz unweigerlich gesetzt bleibt bzw. kommt, wenn nicht Schritte unternommen werden zur Transparenz und zur Verhinderung der systematischen Steuerhinterziehung.
- Die EVP hat sich immer zu einer Weissgeldstrategie bekannt. Sie schrieb eine MM mit dem Titel „EVP kämpft seit 1921 gegen Steuerhinterziehung unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses“. Und weiter: „Sie unterstützt alle Schritte, die zu einem sauberen, sicher und nachhaltig erfolgreichen Finanzplatz führen. Nur mit einem Befreiungsschlag kann die Schweiz ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, um konstruktiv an der dringenden Neuordnung der Finanzmärkte mitzuwirken“.
- Nun, ob die Abgeltungssteuer ein Befreiungsschlag werden kann, bleibe dahingestellt, aber grundsätzlich ist der Bundesrat auch dieser Meinung. Er strebt einen wettbewerbsfähigen, aber gleichzeitig auch einen steuerlich konformen Finanzplatz an - einen Finanzplatz, der sich auszeichnet durch Qualität, Kompetenz, Rechtssicherheit und Stabilität.
- Verschiedene Punkte sind in dieser Finanzplatzstrategie zu definieren, und ein zentraler Punkt und ein ganz wichtiger Pfeiler ist die Regularisierung der Vergangenheit, die Regularisierung bisher unverteuerten Vermögen auf Schweizer Banken. Der Bundesrat hat ein Modell, nämlich die Abgeltungssteuer entwickelt, das zwei Teile enthält: zum einen diese sehr wichtige Regularisierung der Vergangenheit in einem rechtsstaatlich korrekten Verfahren, und zum andern eine Lösung für die Zukunft in der Form einer abgeltenden Quellensteuer.
- Wir wollen keine unversteuerten Gelder mehr auf unseren Schweizer Banken haben. Das Geschäftsmodell, das über Jahre und Jahrzehnte in der Schweiz das Geschäftsmodell schlechthin war und das eigentlich tatsächlich, aber auch rechtlich akzeptiert wurde, nämlich dass auch unversteuerte Gelder hier deponiert und verwaltet werden können, ist kein Geschäftsmodell für die Zukunft.
- Wir müssen in einem rechtsstaatlich korrekten Rahmen die Vergangenheit regeln und gleichzeitig sicherstellen können, dass eine möglichst grosse Zahl von Steuerpflichtigen tatsächlich auch ihre Steuern bezahlen.
- Über diesen Grundsatz waren sich wohl alle einig. Aber keineswegs über die Lösung mit dieser Abgeltungssteuer.
- Das Modell der Abgeltungssteuer bietet für die Zukunft Gewähr, dass die Steuerpflichtigen - und zwar die grosse Masse der Steuerpflichtigen - ihre Steuerpflicht erfüllen müssen, und dies mit abgeltender Wirkung. Das Bankgeheimnis kann nicht mehr als einfacher Weg zur Steuerhinterziehung missbraucht werden.

- Das Modell der Abgeltungssteuer stellt für die Partnerstaaten finanzielle Mittel sicher, die ihnen zustehen. Aber die ausstehenden Milliarden von un versteuertem Schwarzgeld der Vergangenheit gewinnt der Staat nicht zurück.
- Wie funktioniert die Abgeltungssteuer: die Bankkunden haben die Möglichkeit, unversteuerte Vermögen bei Banken in der Schweiz entweder durch Leistung einer pauschalen Einmalzahlung (eben der Abgeltungssteuer) oder der freiwilligen Offenlegung ihrer Konti selbst zu deklarieren und so der regulären Besteuerung zuzuführen.
- Die Schweiz wird auf den Konten von Bürgern von Partnerländern (heute Deutschland, England und Österreich) eine jährliche Quellensteuer einziehen und diese an die ausländischen Steuerbehörden überweisen. Der Kontoinhaber bleibt dabei anonym und das Bankkundengeheimnis gewahrt. Der Kauf und die Verwendung von gestohlenen Bankkundendaten ist nicht erlaubt.
- Dieser Abgeltungssteuer und den Verträgen mit diesen drei Ländern hat das Parlament mit bitteren Warnungen und Unzufriedenheit doch noch mit knapper Mehrheit zugestimmt.
- Ja gestimmt hat eine Mehrheit im Wissen um mehrere Negativpunkte in dieser Entscheidung: Das Schwarzgeld wird nicht weis, die entgangenen Steuern der versteckten Bankkonten bekommt der Staat nicht alle. Aber er bekommt in Zukunft gesichert einen pauschalen Betrag mit der Abgeltungssteuer, an den er wahrscheinlich unter dem Strich (also Aufwand abgerechnet) nie käme mit der einzelnen Ahndung und Überführung von Steuerflüchtlern und deren Bestrafung.
- Nein gestimmt haben grossmehrheitlich 2 entgegengesetzte Parteien: Für die SP geht die Abgeltungssteuer viel zu wenig weit. Sie machten in allen Debatten unmissverständlich klar, dass für sie nur der volle, der automatische Informationsaustausch als Ziel in Frage kommt.
- Und weil im Bundesgesetz dieses Abgeltungssteuermodell zu stark als Alternative statt als nur als temporäre Lösung festgesetzt wurde, lehnten es die Linken ab.
- Es ist klar: Der automatische Informationsaustausch entspricht allein 100% der Weissgeldstrategie, aber was hiesse das? Der gläserne Mensch lässt grüssen, und automatischer Datenaustausch bedeutet auch, dass z.B. jede afrikanische oder südamerikanische Bank, jedes Finanzinstitut aus irgend einer korrupten Diktatur ohne rechtsstaatliche Strukturen, alle Daten beziehen und für ihre Zwecke verwenden könnte - vielleicht nicht nur zu Steuerzwecken.
- Es scheint, dass die Zeit noch nicht reif ist dafür. Beispiel Mexiko, 120 Mio Einwohner, korrupt bis in die Gemeinden. Ich kann den Anliegen der vollen Transparenz trotzdem sehr viel abgewinnen, wenn ich an die bisherigen Steuerflüchtlern denke, die Milliarden versteckt haben und bei der Abgeltungssteuer „schlüpfen“.
- Deshalb geben derzeit die deutschen Sozialdemokraten scharfe Töne von sich im Steuerstreit. Seit dem Bekanntwerden von neuen Bankdatenkäufen durch einzelne Bundesländer hat sich der Streit noch mehr verhärtet.
- Man wirft unseren Banken vor, sie würden deutschen Steuersündern gezielt helfen, Gelder nach Asien zu verschieben. Gar „organisierte Kriminalität“ wird den Banken vorgeworfen. Und die „Wutbürger“ in Deutschland möchten sich rächen an all jenen, die jetzt noch „abschleichen“ möchten und sich dem Fiskus entziehen, bevor irgend so ein Abkommen greift. Begreiflich, ja, aber die Realität ist so, dass keine Lösung alle wird zur Rechenschaft ziehen.
- Das ist die Seite der sozialdemokratischen Gegenfront, verstärkt mit der deutschen, die ihrerseits ja das Steuerabkommen mit Deutschland zu Fall bringen wollen.
- Zurück zur Schweiz: Die andere Gegnerschaft, die schon immer gegen jede Art von Abkommen wettete, das von der Schweiz her Konzessionen zum Bankgeheimnis macht, ist die SVP.
- Sie hat schon von Anfang an das Bankgeheimnis verteidigt und jede Aufweichung bekämpft. Von dieser Seite wird nun auch das Referendum ergriffen, damit das Volk diese Abkommen beurteilen kann. Federführend ist die AUNS.
- Sie lehnt das Abkommen ab, weil es vorsieht, dass deutsche Steuerfahnder auf Schweizer Territorium die Einhaltung der Vereinbarung überprüfen könnten. Sie befürchtet auch, dass das ganze Geschäftsmodell Abgeltungssteuer nur eine Übergangslösung und ein weiterer Schritt ist in Richtung automatischer

Informationsaustausch, was ihr ein absoluter Greuel ist. Darüber wird Kollege Lukas Reimann mehr ausführen.

- Die Unterschriftensammlung ist noch im Gang, mit macht ausser der AUNS auch die Tessiner Lega. Auch die JungSVP und die Juso mobilisieren für das Referendum. Wir gehen davon aus, dass die Unterschriften zusammenkommen und folgedessen die Vorlage vor das Volk kommt in der Abstimmung, für die wir in dieser DV heute die Parole fassen.
- Offen ist auch noch wie der Abstimmungstext lauten wird, ob wir entscheiden über die 3 Bundesbeschlüsse der Abkommen oder auch noch über das Umsetzungsgesetz, auf jeden Fall gehört alles zu einem Paket, das dem Bundesrat endlich ein taugliches Instrument in die Hand gibt, um mit Partnerländern Steuerabkommen abzuschliessen, die die Steuergerechtigkeit massgeblich verbessern und international anerkannte Schritte sind, das Problem zu lösen.
- Wenn in 10 Jahren die OECD-Standards von allen Ländern umgesetzt werden, wird auch die Schweiz sich weiter bewegen müssen, aber für die nächsten Jahre ist die Abgeltungssteuer so etwas wie der vernünftige Kompromiss zwischen Bankgeheimnis und automatischem Datenaustausch, dem man jetzt zustimmen sollte, statt auf Feld 1 zurückzugehen und von vorn gegen die Platzierung auf der schwarzen Liste zu kämpfen.
- Der Bundesrat hat lange um diese Lösung gerungen, und er hat die gesammelten (halt teils entgegengesetzten) Interessen versucht zu berücksichtigen. Ich beantrage Ihnen diesen Steuer-Abkommen zuzustimmen und die Parlaments-Mehrheit - zu der wir beiden NR auch gehören - bestätigen.